

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 3

Artikel: Das Versagen des Kapitalismus und die Chance der Sozialisten
Autor: Hindels, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339850>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nach 1945, der keine der etablierten Parteien früh genug zu begegnen wusste. Man sah zu, schwieg, wollte sich an Blut und Boden die Hände nicht schmutzig machen, spielte Ignoranz. Auf diese Fragen antwortet Honegger mit haarsträubend psychologisierenden Geschichten aus dem frustrierten Eheleben eines fiktiven (?), geistesarmen Parteigründers.

Welche Rolle dabei die Massenpresse, allen voran wie immer der «Blick», als fahrlässiger oder sensationslüsterner oder Erfolg und Auflagensteigerung witternder Steigbügelhalter einer sich schnell vergrößernden Bewegung spielte, gehört zwar zu den zentralen Themen von Honeggers Buch, wird jedoch merkwürdig zurückhaltend und schonend behandelt. Mag es daran liegen, dass ein jüngerer Arthur Honegger damals selbst zum Berichterstatterstab gehörte? Der «Blick» erscheint im milden Licht abwägenden Demokratieverständnisses, währenddessen unheimliche deutsche Kräfte im Geheimen wir-

ken. Dass die Rassenbewegung von damals mit alten und neuen Nazis jenseits der Grenzen zusammenarbeiteten, gibt keine Antwort auf die Fragen, die die Schweiz betreffen. Sie verwischen den schweizerischen Hass, den schweizerischen Ansatz und suggerieren, alles sei ja doch irgendwie vom «Ausland» manipuliert.

Im Mittelpunkt der Handlung steht ein unfähiger Spiesser namens Staub; ein magenkranker Mensch, dessen Frau ihn, wie nicht anders erwartet, mit dem italienischen Untermieter betrügt. Straub dreht durch und kuriert seinen Magen und sein fehlendes Selbstbewusstsein mit der Gründung einer — aussenparlamentarischen — Partei gegen die Einwanderung von Südländern. Er stösst dabei auf erstaunlich viel Resonanz und Gleichgestimmtheit in der Bevölkerung. Er wird, da er von politischer Taktik und Theorie nichts versteht, am Ende wieder abgebaut. An diesem Ende steht dann Schwarzenbach, der

aus der Brodel- und Latenzbewegung eine klare politische Linie zieht.

Honeggers Roman hinterlässt einen überaus zwiespältigen Eindruck, der noch verstärkt wird durch den Titel, den er seinem Roman gab. «Alpträume» der Betroffenen sollten, laut Klappentext, damit angesprochen werden. Aber — es kommen, ausser jenem Untermieter und einer Leiche, keine vor. Es gibt sie als Menschen in diesem Roman so wenig wie es sie in den Köpfen jener gab, die sich über sie erregten und zur Urne schritten, um über ihr Schicksal zu entscheiden. Honegger hat ein wichtiges Thema nur «angerissen», journalistisch linkshändig zum einfachen Thema gemacht. Es wäre gut, wenn endlich tiefgreifendere, das diskriminierende Bevölkerungspotential der Schweiz behandelnde Bücher, vor allem Romane, geschrieben würden.

Arthur Honegger. Alpträume. Verlag Huber, Frauenfeld. 1981. 330 S.

Josef Hindels

Das Versagen des Kapitalismus und die Chance der Sozialisten

Die westliche Wohlstandsgesellschaft ist nicht die, als die sie sich immer noch darzustellen beliebt. Der Kapitalismus hat weltweit versagt. Daran ändert auch nichts, dass es im «Osten» nicht besser aussieht. Doch die Tatsache dieses Versagens wird bewusst verdrängt und verschleiert. Der sozialistische Bildungsfunktionär Josef Hindels, Professor und Publizist in Österreich, deckt im folgenden Artikel das Versagen des Kapitalismus auf und zeigt die Chancen des westeuropäischen Sozialismus.

Die Angst vor der Zukunft ist verbreitet wie eine böse Epidemie. Immer mehr Menschen empfinden Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, der Zerstörung der Natur, und nicht zuletzt vor einem Atomkrieg,

der die Existenz der Menschheit in Frage stellt.

Die machtvollen Friedensbewegungen beweisen, dass diese Angst auch positive Resultate zeitigen kann: Ständig wächst die Zahl jener, die nicht bereit

sind, sich wie Lämmer in das atomare Schlachthaus treiben zu lassen. Sozialisten sollten, gemeinsam mit Menschen aus anderen politischen Lagern, an den Friedensbewegungen die zu einem Faktor der Weltpoli-

tik geworden sind, engagiert teilnehmen. Der Kampf für den Frieden gehört zu den besten Traditionen der sozialistischen Bewegung.

Aber das schliesst keineswegs aus, dass Sozialisten nach den tieferen Ursachen der epidemisch verbreiteten Angst forschen und sich dabei der von Marx und Engels begründeten Untersuchungsmethode bedienen. Bürgerliche Zeitungen und sich unabhängig nennende Medien philosophieren gerne über das Phänomen der Angst. Sie sprechen von Zivilisations- und Industrialisierungskrise, vom Unbehagen des modernen Menschen — aber das Wort «Kapitalismus» kommt nicht vor.

Ablenkungsmanöver

An Stelle dieses sozialökonomischen Begriffs ist ein geographischer getreten: Man spricht vom «Westen», der dem «Osten» gegenübergestellt wird. Aber die Frage nach der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Westen wird mit irreführenden Wortschöpfungen beantwortet:

Da ist etwa von der «Wohlstandsgesellschaft» die Rede, obwohl jedes Kind weiss, dass in den westlichen (lies: kapitalistischen) Ländern nicht alle im Wohlstand leben. Es genügt auf die Armut in den USA und den gespenstischen Verfall amerikanischer Städte hinzuweisen. Auch die Bezeichnung «Leistungsgesellschaft» erfreut sich grosser Beliebtheit. Sie soll die Unterschiede in der Entlohnung der Leistung eines Arbeiters und eines Grossindustriellen oder Spitzenmanagers verschleiern. Man tut so, als ob alle unter dem Leistungsstress leiden würden und Klassengegensätze jede Bedeutung verloren hätten.

Was mit dieser Verschleierung erreicht werden soll, ist klar:

Ein grossangelegtes Ablenkungsmanöver vom tatsächlichen Zustand des Kapitalismus der Gegenwart. Angst, Unsicherheit, Unbehagen — das alles hat nichts mit diesem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu tun, das es eigentlich gar nicht mehr gibt. Zivilisation und Technik sind scheinbar schuld. Und damit soll auch verhindert werden, dass in der Arbeiterbewegung die Position jener Linken gestärkt wird, die bereits vor Jahren auf das unvermeidliche Versagen des Kapitalismus, auf seine Unfähigkeit, Krisen zu vermeiden, aufmerksam gemacht haben, und als antiquierte «Altmarxisten» abgestempelt wurden.

Keynes — ein gescheiterter Reformator

1936 erschien das grundlegende Werk von John Maynard Keynes: «Die allgemeine Theorie der Beschäftigung»¹. Seine Grundthese lässt sich verkürzt so wiedergeben: Der Kapitalismus besitzt, wie Marx lange vor Keynes erkannte, keine Tendenz der automatischen Anpassung des Angebots von Waren an die kaufkräftige Nachfrage. Die Krisen der Überproduktion sind daher unvermeidliche Funktionsstörungen dieser Ökonomie, die nur durch gezielte Eingriffe des Staates, eine bewusste Politik der Vollbeschäftigung, wirksam bekämpft werden können. Daraus ergibt sich mit bezwingender Logik die Schlussfolgerung einer «keynesianischen» Wirtschaftspolitik:

Die wichtigsten Investitionsentscheidungen müssen den einzelnen Kapitalisten, auch den grossen Kapitalkonzernen, entzogen und staatlichen Organen, die gesamtwirtschaftliche Interessen vertreten, übertragen werden. «Ich denke mir daher», schrieb Keynes, «dass

eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.»

Keynes war kein marxistischer Revolutionär, sondern ein pragmatischer Reformator. Er wollte den Kapitalismus nicht überwinden, sondern von der Geissel der zerstörerischen Krisen befreien. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln sollte aufrechterhalten, lediglich die Verfügung über Investitionen eingeschränkt werden.

Wer die Theorie von Keynes mit den ebenfalls in den dreissiger Jahren erschienenen Arbeiten marxistischer Theoretiker vergleicht, wird erkennen, dass die Marxisten die Marxsche Krisentheorie weiterentwickelt, den veränderten Verhältnissen angepasst, aber nicht aufgegeben haben. Daher zogen sie — im Gegensatz zu Keynes — die Konsequenz: Systemimmanente Massnahmen sind unzureichend; es gilt, die tiefste Krisenursache, den Kapitalismus, zu beseitigen. Stellvertretend für diese marxistischen Theoretiker sei lediglich Natalie Moszkowska genannt, deren Werk über Krisentheorie ein Jahr vor dem Buch von Keynes: «Die allgemeine Theorie der Beschäftigung» erschien².

Heute, 47 Jahre später, können wir feststellen: Der Reformator Keynes ist gescheitert. Das von ihm vorgeschlagene Instrumentarium der Krisenbekämpfung wird in den entscheidenden Ländern des Kapitalismus nicht angewendet. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die tiefste und schwerste seit den dreissiger Jahren, unterstreicht dieses Scheitern von Keynes mit dramatischer Eindringlichkeit.

Für die 30 Millionen Arbeitslosen in Westeuropa und den USA ist das Märchen von der Wohlstandsgesellschaft, in der wir angeblich leben, eine Ver-

höhnung. Wenn ihr Schicksal auch vorläufig noch nicht so schlimm ist, wie das der Arbeitslosen der dreissiger Jahre, weil die Einrichtungen der von den Konservativen verteuerten Sozialversicherung einen gewissen Schutz bieten, so sollten ihre Leiden, die materiellen ebenso wie die seelischen, nicht bagatellisiert werden. In etlichen Ländern des Kapitalismus gibt es wieder, wie in der Zwischenkriegszeit, Selbstmorde von Arbeitslosen. Über die Schäden der Jugendarbeitslosigkeit informiert eine immer umfangreicher werdende Literatur.

Warum hat Marx recht behalten?

Marx, von dem viele glaubten, er sei durch Keynes verdrängt und überflüssig geworden, hat also recht behalten. Und mit ihm Generationen von Marxisten, die, an seinen Lehren festhaltend, sie weiterentwickelten. Aber warum hat Marx, ein Denker des neunzehnten Jahrhunderts, auch in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts recht behalten? Es kann und soll nicht bestritten werden, dass Keynes ein kluger, mutiger, unkonventionell denkender Nationalökonom war, der begriffen hatte, wie Krisen bekämpft werden können. Aber Keynes ging an die Probleme der Ökonomie heran wie ein Philosoph der Aufklärung: Er appellierte an die menschliche Vernunft, ohne zu erkennen, dass in einer Klassengesellschaft Klasseninteressen stärker sind als vernünftige Argumente. Was er über die Verstaatlichung der Investitionsentscheidung sagte, war vernünftig — aber es stand im Gegensatz zu den Profitinteressen des Kapitals, vor allem der multinationalen Konzerne. Auch die These von Keynes, dass die Hebung der Kaufkraft

der Massen der Krise entgegenwirkt, widerspricht den kapitalistischen Klasseninteressen. Wird doch in Krisenzeiten den Massen mit Hilfe willfähriger Medien eingeredet, dass nur das Gürtelengerschnallen die noch vorhandenen Arbeitsplätze sichern und die Gesundung der Wirtschaft ermöglichen kann. In Wirklichkeit verschärft, wie Keynes nachwies, das Gürtelengerschnallen die Krise.

Es gehört zu den Scherzen der Wirtschaftsgeschichte, dass Keynes, der auszog, den Kapitalismus zu reformieren, von den Vertretern dieser Wirtschaftsordnung abgelehnt wird, seine Gedanken aber dort beachtet werden, wo Sozialisten regieren. Ein typisches Beispiel ist die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Regierung Kreisky in Österreich. Ihre Erfolge, die von aller Welt bestaunt werden, sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie — trotz ständiger Proteste beider bürgerlicher Parteien und der Unternehmerverbände — Keynes'sche Gedankengut anwendet, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Diese Politik der SPÖ-Regierung ist nicht sozialistisch im Sinne der Gesellschaftsveränderung (die Eigentumsverhältnisse bleiben unberührt), aber sie enthält antikapitalistische Elemente und schafft günstige Voraussetzungen für weitgehende Strukturreformen, wie sie im Parteiprogramm der SPÖ enthalten sind.

Klassenkampf von oben

Freilich ist die Regierung eines kleinen Landes nicht repräsentativ für die Wirtschaftspolitik des Kapitalismus der Gegenwart. Repräsentativ sind viel eher Präsident Reagan in den USA und die «eiserne Lady» des Konservatismus in England. Keynes ist für beide eine «Unperson», während der Na-

tionalökonom des erzreaktionären Monetarismus, Milton Friedman, höchstes Ansehen genießt.

Das Bekenntnis der nordamerikanischen und englischen Konservativen zur «sozialen Marktwirtschaft» (die nie, auch nicht in der Vergangenheit, sozial war) ist in Wirklichkeit ein Bekenntnis zur Abwälzung aller Lasten der Krise auf die sozial Schwachen. Steigende Arbeitslosigkeit und chronische Inflation werden in Kauf genommen, wenn nur die Reichen und Superreichen noch reicher werden.

Und dieser brutale Klassenkampf von oben wird von den Nationalökonomien der Richtung Milton Friedman so begründet: Die Eigentümer der Produktionsmittel, insbesondere die über moderne Technologie verfügende Konzerne, sind nur dann bereit, mehr zu investieren, wenn höhere Gewinne locken. Und je schlechter es den Volksmassen geht, desto besser für die Gewinne. Die Arbeitslosigkeit soll dazu benützt werden, die Gewerkschaften zu schwächen, die Löhne zu drücken, die Einrichtungen der sozialen Wohlfahrt abzubauen. Lebte Keynes noch, er musste sich entscheiden: Entweder Verzicht auf seine Wirtschaftslehren oder offener Kampf gegen die Repräsentanten jenes Kapitalismus, den er reformieren und von den Krisen befreien wollte. Seinen Schülern, die es auch in den Reihen der Arbeiterbewegung gibt, bleibt diese Entscheidung nicht erspart.

Verelendung in der Gegenwart

Wenn es auch in den fortschrittlichen Ländern des Spätkapitalismus gelungen ist, die absolute (nicht die relative) Verelendung der Arbeiterklasse in harten Klassenkämpfen zu

verhindern, so darf doch nicht übersehen werden, dass die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer ärmer werden. Und diese Völker, bei denen bis zu 60 Millionen jährlich verhungern, bilden die Mehrheit der Menschheit. Die Behauptung, in der Gegenwart gibt es keine Verelendung, ist daher eine ungeheuerliche Verhöhnung dieser Mehrheit. Die Verelendung hat in der Gegenwart nicht abgenommen, sondern eine Dimension erreicht, die zu Explosionen führt.

Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen — das ist ein wesentliches Moment seines geschichtlichen Versagens —, den Hunger in der Welt zu besiegen. Während es in seinem Bereich eine Überproduktionkrise gibt, also Berge unverkaufter Waren, wird dieser Hunger nicht einmal gemindert. Riesige Mengen von Lebensmitteln werden vernichtet, Landwirte erhalten Prämien, wenn sie weniger anbauen.

Auch die Wirtschaftsstrategie der spätkapitalistischen Länder ist für die sogenannte Dritte Welt verheerend: Während für Rohstoffe niedrige Preise bezahlt werden, bleiben die Preise für Industriegüter hoch, für die Armen unter den Völkern fast unerschwinglich. Die sogenannte Entwicklungshilfe hat nichts mit Humanität, aber sehr viel mit dem Streben nach dem höchstmöglichen Profit zu tun. Deshalb führt der Nord-Süd-Dialog, trotz ehrlicher Bemühungen von Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olaf Palme und anderen integren Persönlichkeiten, zu keinem Durchbruch. Profit und Menschlichkeit sind Gegensätze wie Feuer und Wasser.

Das Beispiel Chile

Was der Kapitalismus den Entwicklungshelfern zu bieten hat, verdeutlicht das Beispiel Chile:

Dort wurde 1973 die Linksregierung gestürzt, der demokratisch gewählte Präsident Allende ermordet, eine Militärdiktatur mit faschistischen Zügen errichtet. Und das alles geschah mit aktiver Unterstützung Washingtons und der multinationalen Konzerne.

Heute, über acht Jahre nach dem Putsch der Militärs, hat Chile, das zu den fortschrittlichsten Ländern Lateinamerikas gehörte, eine Wirtschaftsordnung, die von allen Apologeten des Kapitalismus als ideales Modell gefeiert wird. Hugo Calderon, Jaime Ensignia und Eugenio Rivera haben in einer bemerkenswerten Studie (mit deren politischen Schlussfolgerungen der Verfasser nicht übereinstimmt) dieses monetaristische System analysiert³. Über den Einfluss Milton Friedmans, der auch in den USA sehr gross ist und die Wirtschaftspolitik der englischen Konservativen inspiriert, heisst es in der Studie:

«Nach Friedman kann ein Land nur dann zu Wohlstand kommen, wenn den Marktkräften unumschränkte Bewegungsfreiheit gesichert werde. Dadurch erreiche man die optimale gesellschaftliche Verteilung und damit eine höhere Wachstumsrate. Der Staat könne nur Verzerrungen hineinbringen; daher solle er lediglich die Rahmenbedingungen für das Funktionieren des freien Marktes gewährleisten. Die Hauptrolle in der ökonomischen Entwicklung falle dem privaten Unternehmertum zu.

Die chilenische Wirtschaft, stellte Milton Friedman bei seinem Besuch in Chile im April 1975 fest, sei gerade die Negation dieser Grundsätze. Dementsprechend fügte er hinzu: Ausgehend von den schwerwiegenden Problemen, mit denen Chile konfrontiert ist, und hinsichtlich der langfristigen Überwindung der jetzigen Stellung

des Durchschnittsbürgers sind ein freier Markt und die Festigung des privaten Unternehmertums notwendig.»

Die Multis im Vormarsch

Und was bedeutet diese Friedensmache Wirtschaftspolitik für die multinationalen Konzerne, die den Putsch der Militärs gegen die demokratische Regierung Allende systematisch vorbereitet haben? Darüber heisst es in der Studie unter anderem: «Es ist eine Tatsache, dass die internationalen Konzerne fast in jedem Zweig der industriellen Produktion mit höherer Produktivität als die chilenischen Kapitalisten produzieren. Das bedeutet, dass die Öffnung der Wirtschaft eine Tendenz zur Entnationalisierung der Ökonomie mit sich bringt. Es gibt fast keine chilenischen Kapitalisten, die mit dem Auslandskapital konkurrieren können. Daher sind sie gezwungen, sich mit den internationalen Konzernen zu verbinden, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Damit werden die Investitionsentscheidungen vom Auslandskapital abhängig.

Da der Staat der einheimischen Industrie keine Unterstützung gewährt, sondern im Gegenteil die Zolltarife abschafft, müssen viele Produkte importiert werden. Das liegt im Interesse des Auslandskapitals, das ständig auf der Suche nach neuen Märkten ist. Um importieren zu können, ist es notwendig, auszuführen; nur dadurch kann man die nötigen Devisen erlangen. Daher wird die Ausfuhr gefördert, durch die Wechselkurspolitik und andere bereits genannte Massnahmen.»

Und über die Rolle der chilenischen Diktatur auf ökonomischem Gebiet heisst es weiter: «Die Militärdiktatur machte von Anfang an kein Geheimnis aus ihrer Haltung gegenüber

den ausländischen Konzernen. Bald nach dem Putsch fanden Verhandlungen zwischen der Diktatur und den US-Unternehmern statt, die unter Allende enteignet worden waren.

Schliesslich wurden den US-Kupferunternehmen Kennecott und Braden, die unter Allende einstimmig vom chilenischen Kongress und mit Zustimmung durch den Obersten Gerichtshof Chiles entschädigungslos enteignet worden waren, Entschädigungen in Höhe von insgesamt 363 Millionen US-Dollar gewährt, von denen 75 Millionen sofort ausgezahlt wurden. Die US-Gesellschaft ITT, deren Telefongesellschaft in Chile nach der Aufdeckung der konspirativen Tätigkeit gegen den Regierungsrücktritt von Allende entschädigungslos enteignet worden war, wurde mit 125 Mio Dollars abgefunden. Deutlicher Ausdruck der Haltung der Militärdiktatur gegenüber den ausländischen Konzernen ist das Investitionsstatut. Es wurde im Juli 1974 veröffentlicht. Die «Chile-Nachrichten» beschrieben es wie folgt: «So wird den investierenden Unternehmen erlaubt, Profite in unbegrenzter Höhe ins Mutterland abzuführen.

In bestimmten Fällen brauchen auch die Exporterlöse nicht nach Chile zurückgeführt werden. Der Zugang zum Devisenmarkt wird gewährleistet. Kapital und Profite können jederzeit wieder abgezogen werden. Am wichtigsten aber ist, dass der Artikel 24 des Vertrages von Cartagena, in dem die Staaten des Andenpaktes bei Auslandsinvestitionen sehr klaren und eindeutigen Bedingungen unterworfen sind, nur auf solche Unternehmen angewandt werden soll, die von Chile aus in andere Länder des Andenpaktes exportieren wollen.»

Kapitalismus und Befreiungsbewegung

Mit dieser Politik, für die Chile ein typisches Beispiel ist, setzt sich der Kapitalismus (nach der Sprachregelung der Medien müsste es natürlich heissen: Der freie Westen) in schärfsten Gegensatz zu den nationalrevolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

So gross auch die Unterschiede zwischen diesen Bewegungen sind, ihnen allen gemeinsam ist das Streben nach nationaler Unabhängigkeit, nach dem Recht auf Selbstbestimmung auch auf ökonomischem Gebiet. Der Versuch des Kapitalismus, vor allem des nordamerikanischen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, den Völkern, wie in Chile, eine mit den multinationalen Konzernen liierte Militärdiktatur aufzuzwingen, ist, auf längere Sicht gesehen, zum Scheitern verurteilt. Auch die kolossale ökonomische und militärische Überlegenheit der USA können die grösste Revolution in der Menschheitsgeschichte zwar verzögern, aber nicht aufhalten. Auch nicht durch blutige Massaker, wie sie zum lateinamerikanischen Alltag gehören. Und diese Revolution wird den nordamerikanischen, aber auch den europäischen Kapitalismus entscheidend schwächen. Kann der Konservatismus doch noch eine Wende zugunsten der Mächte des Kapitals herbeiführen? Ist eine solche Wende in Europa in Sicht? Stimmt es, dass die Konservativen am Zuge sind?

Paris und Athen zeigen den Weg

In Europa haben die faszinierenden Wahlsiege der französischen und griechischen Sozialisten gezeigt, dass es die auch von unseren Bürgerlichen er-

hoffte «konservative Tendenzwende» nicht gibt, dass sie bloss ein Wunschtraum ist. Und was noch wichtiger ist als die erzielten Stimmen- und Mandatsgewinne:

Beide Parteien, so unterschiedlich ihre Situation auch ist, sind mit einer linken, gesellschaftsverändernden Plattform vor die Wähler getreten. Und sie haben von der Mehrheit das Mandat zu antikapitalistischen Strukturreformen erhalten. Sie wurden gewählt, nicht weil sie besser als die Konservativen sind, sondern als sozialistische Alternative zum bankrotten Konservatismus. Nicht als Bewahrer, sondern als Veränderer.

In der kurzen Zeit, die seit den Wahlsiegen vergangen ist, haben die französische und die griechische Regierung begonnen, tiefreichende Reformen zu verwirklichen. Sie stossen dabei, wie zu erwarten war, auf den hartnäckigen Widerstand des in- und ausländischen Kapitals. Konflikte und Rückschläge sind nicht auszuschliessen. Auch mit innerparteilichen Auseinandersetzungen über das Tempo der Veränderungen muss gerechnet werden.

Dennoch zeigen Paris und Athen den Weg, den der europäische Sozialismus beschreiten sollte: Es kann nicht seine Aufgabe sein, wie es einst der deutsche Gewerkschafter Tarnow formulierte, «Arzt am Krankenbett des Kapitalismus» zu sein. Der Kapitalismus, geschüttelt von der Wirtschaftskrise, bedroht von der Revolution gegen die imperialistische Vorherrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika, kann nicht geheilt werden. Aber es besteht die Gefahr, dass er den Arzt an seinem Krankenbett infiziert. Es kommt darauf an, ihn durch antikapitalistische Reformen zu überwinden. Paris und Athen könnten die Bedeutung eines Fanals haben.

Freilich gibt es über die Politik der französischen und der griechischen Partei gegensätzliche Meinungen. So vertritt Günter Nenning die These: «Mit der Verstaatlichung schaufeln sich die französischen und griechischen Sozialisten ihr Grab»⁴. Hätte Nenning recht, könnten sich die Vertreter des Grosskapitals freuen. Aber das Gegenteil ist der Fall: Sie fürchten, dass der französische und griechische «Bazillus» auch andere sozialistische Parteien ergreift. Und das könnte tatsächlich dazu führen, dass ein Grab geschaufelt wird. Aber ein Grab für den Kapitalismus.

Anmerkungen:

¹ Siehe dazu: Karl Forchheimer: Keynes neue Wirtschaftslehre, Wien 1952

² Natalie Moszkowska: Zur Kritik moderner Krisentheorien, Prag 1935. Siehe dazu auch von der gleichen Autorin: Zur Dynamik des Spätkapitalismus, Zürich 1943

³ Hugo Calderon — Jaime Ensignia — Eugenio Rivera: Chile — Der Monetarismus an der Macht, Hamburg 1981

⁴ «profil», Nr. 48

Teuerung

Im Druckereigewerbe sind die Löhne der Teuerung angepasst worden. Weltweit sind auch die Papierpreise gestiegen. Das hat sich auf die Herstellungskosten der theoretischen Zeitschrift der Partei ausgewirkt. Deshalb hat der Beirat der «Roten Revue» beschlossen, das Jahresabonnement von bisher Fr. 28.– auf Fr. 32.– anzuheben. Wir sind indessen überzeugt, dass Sie, lieber Leser, liebe Leserin, diese Abonnementspreiserhöhung verstehen werden, nachdem die neue Redaktion seit mehr als einem Jahr am Werk ist und gezeigt hat, dass sie ein reiches Redaktionsprogramm anzubieten hat. Eine zusätzliche Bereicherung gegenüber früher ist das «sp intern», die parteiinterne Information, die seit einiger Zeit in jeder Nummer enthalten ist und Auskunft gibt über Aktivitäten der schweizerischen Partei und ihrer Organe.

*Sozialdemokratische Partei
der Schweiz*

ten halten sie für unverzichtbar, weil eine friedliche Lösung im Interesse der demokratischen, sozialistischen, kommunistischen Kräfte in Westeuropa liegt und eine drohende Rückkehr in den kalten Krieg weder Polen noch Europa hilft.

Das Positionspapier erscheint aber nicht nur wegen des aktuellen Protestes gegen die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen wichtig. Viel bedeutsamer bleibt auf lange Sicht die Analyse der Ursachen aus kommunistischer Sicht. Die ist ernster zu nehmen, als die meisten heuchlerischen Tiraden aus dem westlichen Lager. Das offizielle Washington hat keinen Grund, Krokodilstränen für polnische Gewerkschafter zu vergiessen, wie die Repressalien gegen die US-Fluglotsengewerkschaft zeigten.

Die KPI vermisst in Osteuropa Institutionen, in denen sich die Bedürfnisse der Bevölkerung spiegeln. An ihrer Stelle herrscht im sozialistischen Lager eine hierarchische Welt, in der kein Platz ist für eine «wirklich demokratische Beteiligung», weder in der Produktion noch in der Politik. Damit werden «Freiheit und schöpferische Energie abgetötet» und die «ökonomische Dynamik, die Technologie und die Kultur dieser Gesellschaften gebremst». Sozialismus hat damit für die KPI entscheidend an «Schubkraft» verloren.

Das italienische Zentralkomitee sieht diesen Verfallsprozess im weltweiten Zusammenhang, geht es doch um «gigantische Probleme bis zur Frage des Überlebens, die der Kapitalismus zu lösen nicht in der Lage ist». Deshalb kommt den sozialistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern eine besondere Bedeutung neben den Erfahrungen von Ländern der dritten Welt zu. Reminiszenzen über die Entwicklung im Osten, die dazu führten, dass anderen

Horst Hartmann

Die KPI sucht den «dritten Weg»

Die Ereignisse in Polen haben die Gegensätze zwischen dem orthodoxen sowjetischen Kommunismus und den Eurokommunisten weiter verschärft. Die jüngste Entschliessung des Zentralkomitees der KPI, auf die Moskau mit denkbar grösster polemischer Schärfe geantwortet hat, ohne auf die Argumen-

te näher einzugehen, darf ohne Übertreibung als endgültiger Bruch angesehen werden.

Die italienischen Genossen standen und stehen hinter der Gewerkschaft Solidarnosc und sehen in einem «Militärputsch» keine Lösung der Krise. Die Wiederherstellung bürgerlicher und gewerkschaftlicher Freihei-